



Ein Landwirt bringt mit einem Streuer Stickstoff-Dünger auf einem Feld aus. Noch in diesem Monat sollen die neuen Düngeregeln zum Schutz des Grundwassers rechtskräftig werden. Landwirte in sogenannten nitrat- und phosphatsensiblen Gebieten gehen die Vorschriften zu weit. Foto: Schulze / dpa

Donnerstag, 11. März 2021

In die „Roten Gebiete“ geraten

Von Ulrich Rohde

Stinstedt . Christian Pülsch, Landwirt aus Stinstedt, ist ratlos. Sein Betrieb ist in diesem Jahr als „nitratsensibel“ eingestuft und liegt in einem der „roten Gebiete“, die niedersachsenweit ausgewiesen werden, um mit weiter verschärften Düngeregeln das Grundwasser zu schützen. Dabei hat das Grundwasser auf seinem Grund und Boden nachweislich Trinkwasserqualität. Er hat Widerspruch gegen die Ausweisung der „roten Gebiete“ in seiner Gemeinde erhoben.

Und er führt schlagkräftige Argumente dafür auf. Denn seit 1981 gebe es auf dem Betrieb zwei Bohrbrunnen für eine Wärmepumpe. Das Wasser sei seitdem mehrfach auf Trinkwasserqualität geprüft worden, zuletzt zu Beginn dieses Jahres. Nach den Analysen habe das Wasser aus den Brunnen eine gute Qualität, die den EG-Trinkwasserrichtlinien entspreche (Nitratgehalt von zehn Milligramm pro Liter). Trotzdem ist der Betrieb in die „roten Gebiete“ geraten. „Wie kann es sein, dass wir bei solchen Grundwasserwerten zu einem ‚Roten Gebiet‘ erklärt werden?“, fragt sich Pülsch. Zumal Stinstedt eine von Mooren umgebene Geestinsel ist. Es gebe hier starke Lehm- und Tonschichten, die nicht oder kaum wasserdurchlässig seien, erläutert Pülsch. Damit könne das Oberflächenwasser kaum bis in die Grundwasserschicht durchdringen. Eine Erklärung dafür, dass Stinstedt neu in die „Roten Gebiete“ eingestuft worden ist, hat der Landwirt bislang nicht gefunden.

Noch in diesem Monat sollen die neuen Düngeregeln in Niedersachsen Rechtskraft erhalten. Dabei geht es um die Ausweisung nitrat- und phosphatsensibler Gebiete, für die Karten erstellt wurden. Die sogenannten „Roten Gebiete“ für nitratsensible Gebiete umfassen auch einen großen Teil des Landkreises Cuxhaven. Insbesondere in der landwirtschaftlich geprägten Börde Lamstedt regt sich deshalb Unmut.

Verschärfte Regeln

Das liegt daran, dass Landwirte, deren Flächen sich in nitratsensiblen Gebieten befinden, eine ganze Reihe von Anforderungen für den Grundwasserschutz erfüllen müssen. Dabei geht es unter anderem um eine weitere Reduktion der Stickstoffdüngung, Einschränkungen bei der Herbsdüngung, die Verlängerung der Sperrzeiten für die Nitratdüngung auf Grünland sowie die Begrenzung der Grünlanddüngung im Herbst. Neben diesen bundesweit verbindlichen Anforderungen gibt es zusätzlich auch noch landesspezifische Regelungen. Rund 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Niedersachsen ist als nitratsensibel eingestuft.

Die Einschränkungen schmecken vielen Landwirten nicht, insbesondere nicht solchen, die bislang nicht in einem der „Roten Gebiete“ wirtschafteten und sich nun dem verschärften Regime der Düngeverordnung unterwerfen sollen. So brachten kürzlich die CDU- und die SPD-Fraktion im Börde-Samtgemeinderat einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem ein Fragenkatalog ans Landwirtschaftsministerium verabschiedet wurde. Danach müsse hinterfragt werden, warum und wie einige Ergebnisse der Ausweisungen an den Messstellen zustande gekommen seien. Die Eingliederung in „Rote Gebiete“ habe enormen Einfluss auf die Landwirtschaft, aber auch auf die nachgelagerten Bereiche in der Börde. In Kürze sollen Experten aus Landvolk, NLWKN (Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz) sowie Wasserverband dem Rat Rede und Antwort stehen.

Nitratüberschuss gesunken

Grundsätzlich kämpft die Landwirtschaft schon seit mehr als einem Jahr gegen die neue Verordnung. Aus ihrer Sicht hat die Novellierung der Düngeverordnung aus 2017 bereits einen Großteil des Problems Überdüngung gelöst.

Tatsächlich ist der Einsatz von Mineraldünger seither stark rückläufig und auch beim Dung- und Nährstoffanfall aus der Tierhaltung ist ein starker Rückgang zu verzeichnen. Der Nitratüberschuss ist in Niedersachsen seitdem ebenfalls erheblich gesunken.

Darüber hinaus haben Landwirte wie Christian Pülsch aber auch Zweifel an der Zuverlässigkeit der Messstellen. Dabei habe das Umweltministerium gemeinsam mit dem NLWKN die Grundwassermessstellen einer Funktionsprüfung unterzogen. Im ersten Schritt seien die „roten Messstellen“ überprüft worden. Diese Prüfung ergab, dass 94,5 Prozent der „roten Messstellen“ für die Ausweisung geeignet sind. Insgesamt 14 Messstellen in Niedersachsen wurden als nicht geeignet bewertet und laut Landwirtschaftsministerium bei der Ausweisung der Gebietskulisse Grundwasser nicht mehr berücksichtigt.